

Merkel zeigt sich kompromissbereit bei Euro-Rettung

Die **Rettungsschirme** ESM und EFSF sollen eine Zeit lang auch parallel laufen können

BERLIN :: Die Bundesregierung geht in den Verhandlungen über eine Aufstockung der Euro-Rettungsschirme auf die EU-Partner zu. Bundeskanzlerin Angela Merkel stellte sich gestern erstmals offen hinter ein Modell, nach dem zu dem dauerhaften Rettungsschirm ESM die bereits vergebenen Hilfsprogramme aus dem EFSF hinzugerechnet werden. „Wir könnten uns vorstellen, dass diese 200 Milliarden parallel zu dem ESM von 500 Milliarden laufen, solange bis sie von den Programmländern zurückgezahlt sind“, sagte Merkel nach einer Sitzung des CDU-Präsidiums. Auch der CSU-Vorstand stellte sich hinter den Plan. Allerdings beharrte CSU-Chef Horst Seehofer darauf, dass die tatsächlich übernommene deutsche Haftung für Hilfen für Euro-Staaten nie über 211 Milliarden Euro steigen dürfe.

Stimmt auch die FDP diesem Modell zu, was erwartet wird, hat Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble eine Verhandlungsposition für das Euro-Finanzministertreffen am Wochenende in Kopenhagen. Seit Wochen drängen internationale Partner Deutschland, den Schutzwall erheblich zu erhöhen.

Der Bundestag soll im Mai den ESM-Vertrag verabschieden, der eine Obergrenze von 500 Milliarden Euro vorsieht. Da der ESM um ein Jahr vorgezogen wird und nun bereits im Juli zum Einsatz kommen soll, überlappt er sich mit dem bis Mitte 2013 laufenden bisherigen Rettungsschirm EFSF. Deshalb muss geklärt werden, wie beide Schirme kombiniert werden können. Die EU-Kommission hatte dazu drei Modelle vorgeschlagen.

Zur Begründung sagte Merkel, dass zwar die Umschuldung Griechenlands gut verlaufen sei, man aber noch weit von einer Normalsituation in der Euro-Zone entfernt sei. „Wir sehen eine relativ große Sensitivität oder Fragilität, wenn man sich die Zinsen anschaut von Portugal, aber auch von Spanien letzte Woche“, sagte die CDU-Vorsitzende.

Der Kompromiss besteht darin, dass Merkel und Seehofer einerseits betonten, dass die ESM-Obergrenze weiter bei 500 Milliarden Euro liegen wird. Andererseits akzeptieren sie nun aber, dass die bereits laufenden Programme für Portugal, Irland und Griechenland zum ESM-Volumen addiert werden dürfen. Theoretisch ergibt sich daraus ein Schutzwall um die Euro-Zone von rund 700 Milliarden Euro. (rtr)

Joschka Fischer warnt Europa vor Kleinmut

HAMBURG :: Joschka Fischer ist noch immer ein Publikumsmagnet. Rund 350 Hamburger folgten gestern Abend der Einladung der Körber-Stiftung und des Magazins „Der Spiegel“ zum „Montag an der Spitze“ ins Körberforum. Im Gespräch mit „Spiegel“-Chefredakteur Georg Mascolo hielt der ehemalige Außenminister ein flammendes Plädoyer für Europa und warnte vor Kleinmut. Das Projekt der europäischen Einigung müsse man auch über die Köpfe vieler Menschen hinweg durchsetzen. „Gut, dass wir Politiker wie Adenauer hatten, die das über die Köpfe der Menschen entschieden haben“, sagte Joschka Fischer.

Ausdrücklich stimmte er Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in dem Punkt zu, dass der Euro die Schicksalsfrage Europas sei. Sollte der Euro scheitern, scheitere die europäische Einigung, dann scheitere Europa. Wenig Verständnis zeigte der ehemalige grüne Spitzenpolitiker für die deutsche Debatte über die Kosten der Euro-Rettung. „Wir geben das Geld doch nicht für andere, sondern für uns.“ Deutschland und die deutsche Wirtschaft profitierten in besonderem Maße von Europa.

Zugleich äußerte sich Fischer, der von 1998 bis 2005 Bundesaußenminister war, skeptisch über mögliche schwarz-grüne Bündnisse auf Bundesebene in Zukunft. „Ich bin nie ein Schwarz-Grüner gewesen“, sagte Fischer. Die kulturellen Differenzen seien noch immer groß, es werde bis nach 2013 dauern, diese abzubauen. Indirekt warnte er vor den Folgen schwarz-grüner Flirts für seine eigene Partei. Einige Funktionäre seien weiter als die Wähler – das könne sich in einer Demokratie rächen. (HA)

„Politiker sind keine Entertainer“

Bundestagspräsident **Norbert Lammert** über den Koalitionsstreit, Polit-Talkshows und die Aussichten der Piratenpartei



Norbert Lammert, 63, ist seit 2005 der Chef des Bundestags. Schon seit 32 Jahren ist der CDU-Politiker Mitglied des Parlaments. Fotos: Martin Lengemann

KARSTEN KAMMHOLZ
NINA PAULSEN

BERLIN :: Norbert Lammert ist ein Meister der Unterhaltung. Das hat vor einiger Zeit eine Auswertung der Plenarprotokolle ergeben. Der Bundestagspräsident hatte demnach die meisten Lacher der Abgeordneten auf seiner Seite. Darüber hinaus ist Lammert aber der Meinung, dass es für Politiker vor allem darauf ankommt, Informationen zu vermitteln. Warum er etwa Polit-Talkshows nicht für den richtigen Ort dafür hält, sagt er im Interview mit dem Abendblatt.

Hamburger Abendblatt: Herr Bundestagspräsident, die Parteien kämpfen derzeit leidenschaftlich um die Wähler in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein. Würden Sie gern mitkämpfen?

Norbert Lammert: Ich tue es ja, wenn auch mit angezogener Handbremse. Wenn man wie ich so viele Wahlkämpfe auf kommunaler, Landes- und Bundesebene in sehr aktiven Rollen hinter sich hat, kann man wie ich etwas distanziertere und stärker moderierende Rolle ganz gut ertragen.

Wir haben es in diesem Jahr mit vier außerplanmäßigen Wahlen zu tun – inklusive der des Bundespräsidenten. Gehen manche Politiker zu leichtfertig mit den Vorgaben der Verfassung um?

Lammert: Bei genauem Hinsehen ist jeder einzelne Vorgang, der zu vorzeitiger Neuwahl geführt hat, anders. Ich zögere daher mit einer allgemeinen Antwort. Grundsätzlich kennen wir in Deutschland vorzeitige Auflösungen von Parlamenten in viel geringerem Umfang als in anderen Ländern mit gewachsenen Demokratien. Ich will die jüngere Entwicklung nicht als Normalisierung bewerten. Ich empfehle uns dringend, die politische Realität wieder näher an die Verfassungsnorm zu bringen.

Alle Partner der schwarz-gelben Koalition tun sich seit Regierungsübernahme schwer miteinander. Besorgt Sie dieser gegenseitige Umgang?

Lammert: Er gefällt mir nicht. Aber schon bei den Koalitionsverhandlungen waren Spannungen absehbar. Dass dies die Koalition durch die Legislaturperiode begleitet hat, erweist sich für beide Partner – wenn auch nicht im gleichen Umfang – offenkundig als Belastung.

Schreckt solch ein Dauerstreit nicht Wähler ab? Stecken die Parteien nicht auch deswegen in einer Vertrauenskrise?

Lammert: Das glaube ich nicht. Streit muss sein. Es wäre eher rechtferdigungsbedürftig, wenn es über wichtige Sachverhalte keinen Streit gäbe. Je wichtiger ein Thema ist, desto unverzichtbarer ist der Streit. Fraktionen und Koalitionen sind keine Gesangsvereine, wo nach erfolgter Intonation und einer gemeinsamen Partitur jeder seine vorgegebene Partie zu singen hat. Der Sinn von Parlamenten besteht darin, kon-

kurrierend und notfalls auch konfrontativ die unterschiedlichen Meinungen zur Geltung zu bringen.

Stört es Sie, dass Union und FDP beim Thema Frauenquote so gar nicht zueinanderkommen?

Lammert: Ja. Es ist viel Zeit vergangen, in der man zwar eingesehen hat, dass es so nicht weitergehen kann, auf der anderen Seite jedoch kaum Veränderung herbeigeführt hat.

Welches Quotenmodell halten Sie für richtig?

Lammert: Appelle allein helfen offenkundig nicht. Ich halte deshalb eine verpflichtende Frauenquote für richtig. Allerdings müssen wir aufpassen, nicht in einen Überbietungswettbewerb einzutreten, was den statistischen Anteil der Frauen in Führungspositionen betrifft. Das Geschlecht sollte auch weiterhin nicht das herausragende Auswahlkriterium bei der Rekrutierung von Mitarbeitern und Führungskräften sein.

An der Piratenpartei sehen wir, wie jüngere Menschen sich auf einmal in der Politik engagieren. Muss man der Piratenpartei dafür dankbar sein?

Lammert: Die Bereitschaft jüngerer Leute, sich auf diesem Wege um Politik zu kümmern und einzubringen, verdient Respekt und Ermutigung.

Haben die anderen Parteien hierbei Defizite?

Lammert: Alle Parteien haben Defizite, andere Institutionen übrigens auch. Man sollte manche Entwicklung aber nicht für so neu halten, wie sie auf den ersten Blick erscheint. Ich erinnere mich noch gut an den Einzug der Grünen in den Bundestag. Vieles, was jetzt mit Blick auf die Piraten für ein Ereignis gehalten wird, hat damals in durchaus spektakulärer Weise stattgefunden als heute. Die Grünen wollten damals keine Partei sein und empfanden die Charakterisierung als solche schon als eine Beschimpfung. Die Grünen sind in einer Weise durch den Parlamentarismus domestiziert, erzogen und transformiert worden, dass dies einer der schönsten Belege unserer stabilen politischen Kultur geworden ist. Manches spricht dafür, dass auch die Piraten entweder einen ähnlichen Weg wie die Grünen gehen oder nur eine Übergangserscheinung in unseren Parlamenten sein werden.



Die Abendblatt-Redakteure Karsten Kamholz (l.) und Nina Paulsen mit Norbert Lammert im Reichstag

Viele Piraten-Anhänger reizen die basisdemokratischen Möglichkeiten der Partei. Können die etablierten Parteien von den Piraten lernen?

Lammert: Das müssen sie sogar – immerhin haben sich die Kommunikationsformen maßgeblich verändert. Jedenfalls haben prominente Vertreter von alteingesessenen Parteien mit einem bemerkenswerten persönlichen Ehrgeiz in der Twitter-Virtuosität die Konkurrenz mit den Piraten längst aufgenommen.

Ich plädiere seit vielen Jahren für eine Verlängerung der Wahlperiode des Bundes auf fünf Jahre. Norbert Lammert, CDU

Man hat den Eindruck, dass der Bundestag sich langsam in den Wahlkampfmodus für 2013 begibt. Wären fünfjährige Legislaturperioden nicht viel effizienter?

Lammert: Ich plädiere seit vielen Jahren für eine Verlängerung der Wahlperiode des Bundes auf fünf Jahre. Dies ist längst der Regelfall in den meisten Bundesländern und in Europa. Auch das Europäische Parlament ist für fünf Jahre gewählt. Wir haben eine so regelmäßige Wahl- und Wahlkampflandschaft, dass dies erkennbar das politische Interesse der allermeisten Bürgerinnen und Bürger überbietet, vielleicht sogar überfordert. Mein Eindruck ist, dass die Häufigkeit von Wahlen auch eine Erklärung für die rückläufige Wahlbeteiligung ist.

Sehen Sie eine Chance für eine Verfassungsänderung?

Lammert: Wir brauchen dafür eine koalitionsübergreifende Mehrheit, da eine Verfassungsänderung eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Wir haben für eine Verlängerung der Legislaturperiode zwar schon seit vielen Jahren eine virtuelle Mehrheit im Bundestag. Sie kommt aber nicht zustande, weil dieses Thema immer wieder zum Gegenstand von Verknüpfungen mit anderen Themen gemacht wird. Im Ergebnis entsteht eine Selbstblockade des Parlaments in dieser Frage. Würde die Frage gesondert und nach der persönlichen Einschätzung jedes Abgeordneten entschieden, hätte ich überhaupt keinen Zweifel an der Zweidrittelmehrheit.

Verliert der Bundestag in der Euro-Krise an Macht? Letztendlich werden viele Entscheidungen in Brüssel getroffen.

Lammert: Der Eindruck besteht sicher in Teilen der Öffentlichkeit. Das Gegenteil ist richtig. Kein anderes einzelnes Thema trägt in ähnlicher Weise zur Revitalisierung parlamentarischer Zuständigkeiten und zur Neuermessung des Verhältnisses von Exekutive und

Legislative bei wie die Euro-Krise. Wir erleben eine Parlamentarisierung europäischer Entscheidungsprozesse, die in Vergangenheit rein exekutives Handeln waren. In Zukunft wird zu jeder einzelnen Hilfsmaßnahme die Zustimmung des Bundestags erforderlich, bevor die Bundesregierung überhaupt zustimmen darf.

Bei Ihrer Antrittsrede zur Legislaturperiode 2009 haben Sie kritisiert, dass weder ARD noch ZDF die konstituierende Bundestagssitzung live übertragen. Haldern Sie noch immer mit den öffentlich-rechtlichen Sendern?

Lammert: Ich hadere nicht mit ARD und ZDF. Es kann aber nicht sein, dass bedeutende politische Ereignisse ausschließlich im Nischensender Phönix übertragen werden, während die gebührenfinanzierten Hauptprogramme gnadenlos eine Seifenoper nach der anderen abspielen.

Warum sehen wir Sie nie in Talkshows?

Lammert: Ich habe in solchen Formaten nichts zu suchen. Es geht dabei vor allem um Unterhaltung und weniger um Information. Auch die Auswahl der Gäste in diesen Sendungen spiegelt das wider. Die wichtigste Aufgabe des Moderators scheint darin zu bestehen, spätestens dann einzugreifen, wenn sich zu einem ernsthaften Thema eine ernsthafte Debatte entwickelt.

Darf Politik nicht auch unterhaltsam sein?

Lammert: Politik darf durchaus unterhaltsam sein. Mir wird das ja auch gelegentlich attestiert, Politik genau so zu präsentieren. Es muss aber möglich sein, ernsthafte Sachverhalte in fünf aufeinanderfolgenden Sätzen ohne Video-Einspielungen oder sonstige Unterbrechungen zu entwickeln. Dazu bieten Talkshows keine ausreichende Gelegenheit.

Wird die Intelligenz der Zuschauer unterschätzt?

Lammert: Die Programmverantwortlichen werden sicher das Gegenteil behaupten. Ich nehme jedenfalls mit einer gewissen Beruhigung zur Kenntnis, dass sich diese Formate zunehmend totzulaufen scheinen.

Dahinter steht ja vor allem die Frage, wie sehr sich Politiker auf Massenmedien einlassen müssen.

Lammert: Natürlich müssen sich Politiker auf Massenmedien einlassen, aber nicht auf jeden Hype. Politiker sind keine Entertainer. Wir müssen nicht Programme bunt und schrill machen, sondern leider zunehmend komplexe Themen vermitteln, die oft nicht populär sind. Das ist angesichts der heutigen Medienformate nicht immer einfach. Wir haben an dieser Stelle zweifellos ein Kommunikationsproblem. Wir lösen die Aufgabe der politischen Informationsvermittlung nicht so gut, wie es eigentlich nötig wäre.

JAHRESBERICHT

Zahl der Drogentoten deutlich gesunken

BERLIN :: Die Zahl der Drogentoten in Deutschland ist 2011 im Vergleich zu den Vorjahren stark zurückgegangen. 986 Menschen und damit 20 Prozent weniger als 2010 starben an den Folgen des Konsums harter Drogen, teilte die Bundesdrogenbeauftragte Mechthild Dyckmans (FDP) in Berlin mit. Die Zahl der Todesfälle durch Heroin und andere Drogen geht seit dem Jahr 2008 kontinuierlich zurück. (epd)

NEUER FONDS

DDR-Heimkinder werden ab Juli entschädigt

BERLIN :: Auch Kinder, die in staatlichen Heimen der DDR misshandelt wurden, werden künftig entschädigt. Bis zum 1. Juli soll ein Fonds in Höhe von 40 Millionen Euro eingerichtet werden, kündigte der parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Hermann Kues (CDU), an. Der Fonds wird zu gleichen Teilen von Bund und Ländern finanziert und hat eine Laufzeit von fünf Jahren. (KNA)

RECHTSEXTRIMISMUS

Angehörige der Terror-Opfer erhielten fast 500 000 Euro

BERLIN :: Die Bundesregierung hat bisher annähernd eine halbe Million Euro an Opfer der rechtsextremen Terrorgruppe NSU oder ihre Angehörigen gezahlt. Eine Sprecherin des Justizministeriums bestätigte einen entsprechenden Bericht der „Neuen Osnabrücker Zeitung“. Die Zeitung zitierte aus einem Schreiben des Ministeriums, in dem es heißt: „Bis heute konnten an fast alle bisher bekannten Opfer beziehungsweise Hinterbliebenen in einem vereinfachten Antragsverfahren Härteleistungen als Pauschalbeträge gewährt werden.“ (dpa)

KUBA

Dissidenten vor Besuch des Papstes festgenommen

SANTIAGO DE CUBA :: Papst Benedikt XVI. ist gestern zu seinem Besuch in Kuba eingetroffen. Kurz zuvor sind nach Angaben aus Oppositionskreisen Dutzende Dissidenten auf der kommunistischen Karibikinsel festgenommen worden. Die Oppositionsgruppe Damas de Blanco (Damen in Weiß) berichtete, 18 ihrer Aktivistinnen seien festgesetzt worden, darunter auch sieben in der Hauptstadt Havanna. Insgesamt sollen mindestens 47 Regimekritiker vorübergehend festgenommen worden sein. (dpa)

AFGHANISTAN

Uniformierte erschießt zwei Briten im Nato-Stützpunkt

KABUL :: Ein Mann in einer afghanischen Militäruniform hat in einem Nato-Stützpunkt im Süden Afghanistans zwei britische Soldaten erschossen. Nato-Soldaten hätten das Feuer erwidert und den Angreifer erschossen, teilte ein Sprecher des westlichen Verteidigungsbündnisses mit. Angriffe auf Nato-Soldaten haben seit der Verbrennung von Koranschriften auf einem US-Stützpunkt im Februar zugenommen. (dapd)

SENEGAL

Oppositionskandidat Sall wird neuer Präsident

NAIROBI :: Machtwechsel im Senegal: Der Oppositionskandidat Macky Sall, 50, wird neuer Präsident des westafrikanischen Landes. In der Stichwahl besiegte der Geologe den langjährigen Amtsinhaber Abdoulaye Wade, 85. Sall verspricht „eine neue Ära“ für den Senegal. Er war von 2004 bis 2007 Premierminister unter Wade, hatte sich dann aber mit dem Präsidenten überworfen. Vor dem Wahlgang war es zu gewaltsamen Protesten gekommen. (epd)

ISRAEL

Uno-Ermittler dürfen nicht ins Westjordanland

JERUSALEM :: Israel will eine Untersuchung jüdischer Siedlungen im Westjordanland durch den Uno-Menschenrechtsrat nicht zulassen. Diese Entscheidung habe Außenminister Avigdor Lieberman bekannt gegeben, sagte ein Ministeriumssprecher. Der Menschenrechtsrat hatte vergangene Woche beschlossen, ein Team in die Siedlungen im Westjordanland und in Ostjerusalem zu entsenden. (dapd)